

Freiheit

von Julian Nida-Rümelin

Professor an der Ludwig-Maximilians Universität München

Es kann keine Rede davon sein, dass die Arbeiterbewegung und die Sozialdemokratie in ihrer Geschichte lediglich an Fragen der Gerechtigkeit und der Teilhabe, aber nicht an Freiheitsfragen interessiert gewesen wären. Freiheit, Gleichheit, Solidarität – in dieser Reihenfolge waren sozialdemokratische Grundwerte von Anbeginn.

Der Freiheitsbegriff ist jedoch zumal in den vergangenen dreißig Jahren von einer Ideologie okkupiert worden, die – missverständlich – als neo-liberal bezeichnet wird und die den politischen Grundwert Freiheit auf die freien Entscheidungen der Marktteilnehmer, der Konsumenten und Produzenten, verkürzte.

Wir sollten an die große Tradition des ethischen und politischen Denkens anknüpfen, die die Freiheit als gleiche Freiheit, als gleichen Respekt, als gleiche Würde jeder einzelnen Person versteht und die in dem deutschen philosophischen Aufklärer Immanuel Kant ihren stärksten Ausdruck gefunden hat. Eine politische Philosophie der gleichen Freiheit war die Leitidee des Kantianers Ferdinand Lasalle und des ethisch begründeten Sozialismus, es lohnt sich an diese anzuknüpfen.

Die Grundidee ist alt und hochaktuell: Eine humane Politik hat das Ziel, dass alle Menschen in gleicher Weise ein autonomes, ein selbstverantwortetes Leben führen können. Der Staat hat die Aufgabe im Rahmen seiner Möglichkeiten, die Bedingungen dafür zu schaffen.



Existenzielle Krisen bedrohen die Fähigkeit von Menschen ein selbstbestimmtes Leben zu führen, daher hat der Sozialstaat dafür zu sorgen, dass auch bei Arbeitslosigkeit, Krankheit und Alter, ein möglichst selbstbestimmtes Leben möglich ist. Der humane Sozialstaat garantiert gleiche Würde und gleichen Respekt, er will die Bedingungen schaffen für gleiche individuelle Freiheit.

Extreme Unterschiede an Einkommen und Vermögen, die Konzentration ökonomischer Macht in wenigen Händen, bedroht die Freiheit der einzelnen Person, sie gerät in Abhängigkeit, direkt, weil die ökonomisch Mächtigen die Bedingungen diktieren, unter denen sie lebt und arbeitet und indirekt, weil die Politik ihre Gestaltungskraft verliert.

Gleiche Freiheit verlangt nach öffentlichen Gütern, öffentlicher Infrastruktur, öffentlichen Bildungseinrichtungen. Eine zu weit gehende Privatisierung zerstört den allgemeinen und gleichen Zugang zu gemeinsamen Gütern, die echte Bürgerschaft ausmachen.

Freiheit und Gleichheit sind die beiden Grundnormen der im Zuge der Aufklärung sich herausbildenden europäischen Demokratie, sie bilden den Anfang und gegebenenfalls auch das Ende der modernen politischen Philosophie. Statt von „Grundnormen“ können wir auch von den „Grundwerten“ der Freiheit und Gleichheit sprechen.

Diese beiden Grundwerte sind uns so selbst-

verständlich geworden, dass wir ihre Besonderheit leicht verkennen. Es ist Immanuel Kant, der die Besonderheit dieser beiden Werte wie kein anderer europäischer Philosoph auf den Begriff bringt: Freiheit ist keine Willkür, Freiheit erschöpft sich nicht in Autarkie, also darin, keine Herrschaft über sich zu dulden, Freiheit haben wir nur als Vernunftwesen, d.h. als solche Akteure, die nach Maximen handeln, die verallgemeinerbar sind.

Menschen sind frei insofern sie sich von Gründen – Gründen zu urteilen und Gründen zu handeln – leiten lassen. Freiheit ist also zu verstehen als Autonomie.

Weitere Beiträge und mehr Informationen zum Kongress finden Sie auf der Website:

www.werteundpolitik.de